

Der Neue Tag  
5.11.1919

77

# Kommunale Defizitwirtschaft.

## Die Erhöhung der Gaspreise. — Parteipolitische Debatten im Gemeinderate. — Die Christlichsozialen beantragen 50 Prozent Erhöhung.

Jede Debatte, die im neuen Gemeinderat über rein wirtschaftliche Probleme durchgeführt wird, führt schaurig aus dem Gebiet parteipolitischer Auseinandersetzungen. Die Sachlichkeit geht im Streite der politischen Meinungen unter. Die Mehrheit kann kein anderes Gebiet als ihre vorher gefassten Entschlüsse und die Minderheit verliert sich in unfruchtbarer, rein faktischer Opposition. So war es bei der Behandlung des Antrages auf Erhöhung der Gaspreise, die wie die Steigerung der Straßenbahntarife eine schwere Belastung des Wiener Volkes darstellen. Das ist eine herbe Wahrheit. Aber in dem Wirrsal der Defizitwirtschaft zeigt sich leider keine andere Rettung als eine schmerzhafteste Operation. Durch die auf Grund der Berechnungen der Gaswerksdirektion ausgearbeiteten Anträge ist eine Beseitigung des Defizits durch die dreifache Erhöhung der Gaspreise zu bewirken. Die Christlichsozialen liefern gegen diese Anträge Sturm. Sie erklären, die Bevölkerung könne diese enormen Lasten nicht tragen und verlangten die Aufteilung der Mehrkosten auf einen Zeitraum von einigen Jahren. Dadurch könnte man sich augenblicklich mit einer Erhöhung des Gaspreises von 26 Heller auf 50 Heller begnügen. In einer Reihe weiterer Abänderungsanträge wünschten sie Ausnahmen für den Hausbesitz, die Gemeinschafts- und Kriegsküchen, die Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, die motorischen Kraftanlagen mit Gasantrieb haben.

Der Referent Breitner bezeichnete diese Vorschläge als leere Spiegelschere, als die Politik von Bankrotturen. Die Stadt Wien liege vor der harten Wirklichkeit eines Gesamtdesizits von jährlich 400 Millionen Kronen. Sie wisse nicht, aus welchen Mitteln sie am 1. Juli die Beamtengehälter bezahlen soll und da verlange die Opposition Verlegung des Defizits auf eine ferne Zukunft.

Da der Referent — was gewiß ungehörig ist — vom sachlichen Thema abweichend, die Christlichsozialen als Kriegsheer charakterisierte und die Kriegspolitik seiner Partei rechtfertigte, erhob die Minderheit lärmenden Widerspruch. Schließlich wurden die Referentenanträge in Pausen und Bogen angenommen, sämtliche Widerlegungsvorschläge der Opposition niedergestimmt. Man hatte nur den Eindruck: Rechter Hand, linker Hand, alles verkauft.

Nach der Kundgebung gegen den Gewaltfrieden machte der Bürgermeister verschiedene Mitteilungen. Es sind weitere Massendarbeiten für 7 1/2 Millionen Kronen vergeben worden, so daß die bisher zur Ausschreibung gelangten Arbeiten insgesamt zwanzig Millionen Kronen betragen.

### Der tiefe undemokratische Kniz.

Frau Popp führt Beschwerde, daß für die Eröffnung des amerikanischen Kinderhilfswerkes den Kindern ein Kniz eingelesen worden ist, der so tief war, daß sie mit dem Kniz fast den Boden berührten. Diese Behandlung mußte auf jeden demütigend wirken und uns als die Bettler erscheinen lassen, die wir nach den folgenden Worten des Bürgermeisters Winter nicht sein wollen. Frau Popp wünscht, der Bürgermeister möge die in Betracht kommenden Personen belehren, daß solche Dinge nicht dem Geiste unserer demokratischen Republik entsprechen.

Der Bürgermeister verliest einen Bericht des städtischen Jugendamtes, die Feierlichkeit sei auf Wunsch der amerikanischen Mission erfolgt, um eine Zilmaufnahme, die als Propagandamittel für Einführung neuer Spenden nach Amerika geht, machen zu können. Frau Bürgermeisters Winter wurde gebeten, mit dem ständigen Chor ihrer Schülerinnen mitzuwirken. Die tiefen Knize hat sie ihnen schon früher unter der Monarchie anlässlich ähnlicher Feierlichkeiten eingelesen und die Kinder erodierten es für ihre Pflicht, den amerikanischen Damen in dieser Form zu hulbigen.

Der Bürgermeister bemerkt: Das Hilfswerk hätte auch ohne Feierlichkeit durchgeführt werden können, das ist meine Anschauung. In Zukunft wird alles getan werden, eine Schaustellung des Clubs zu unterlassen.

### Die Stadtbahnfahrpreise.

Rotter fragt mit dem Hinweis auf die angeblich bevorstehende Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise, ob der Bürgermeister die Zusammenkunft der Kommission für Verkehrsangelegenheiten reklamieren wolle.

Reumann: Bisher ist kein Antrag auf Erhöhung der Stadtbahnfahrpreise an die Gemeindefürsorge der Kommission gelangt.

**Ischegische Beschwerden.**  
Klimeš beschwert sich, daß ein Straßenbahnschaffner Fahrgäste beanspruchte, weil sie ischegisch sprachen; er behauptete, nach der Vorschrift dürfe in der Elektrischen nicht ischegisch gesprochen werden. Weiter führt Klimeš über Lehrer in Rudolfsheim Beschwerde.

Der Bürgermeister entgegnet: Solche Anrempelungen sind bei uns in Wien eine Seltenheit. Der Direktor ist über den Vorfall weder dienstlich noch außerdienstlich berichtet worden. Die Anfrage enthält keine Anhaltspunkte, eine Untersuchung ist also nicht möglich.

**Abkündigung der Salvatormedaillen.**  
Starz fordert, der Stadtrat möge dem Gemeinderat ehestens einen Antrag auf Abschaffung der Salvatormedaillen vorlegen, da deren Verleihung dem Zeitgeist widerspreche.

**Antrag auf Hissen von Trauerfahnen.**  
Prohaska beantragt, aus Anlaß des Schand- und Gewaltfriedens werde der Bürgermeister ersucht, eine Trauerfahnengebung von mächtigem Einbrude in die Wege zu leiten. Auf allen städtischen Gebäuden sind die Trauerfahnen zu hissen und die Wiener Hausherrn sind zu veranlassen, ihre Häuser mit Trauerfahnen zu besetzen. Der Antrag wird der Geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

### Religion und Moral.

Ein vom Bürgermeister vorgelegter Sachungsentwurf für das Jugendheim in Oberhollabrunn, worin die Aufhebung der Prügelstrafe statuiert ist, gibt Veranlassung zu weitläufigen Auseinandersetzungen über den Wert der sittlich-religiösen Erziehung. Über Moral und Ethik bei der Kindererziehung.

Die Christlichsozialen Rummelhardt und Frau Anna Strobl treten für die Aufnahme einer Bestimmung ein, die die sittlich-religiöse Erziehung der Kinder sichert.

Die Sozialdemokratinnen Marie Kramer und Adelheid Popp erklären: Gegen die religiöse Erziehung ist nichts einzuwenden, das ist Privatsache. Moral und Ethik haben mit der Religion gar nichts zu tun, auf sie muß das Hauptgewicht gelegt werden. Es gibt genug Konfessionslose, die auch anständige Menschen sind. Die Religion ist eine zarte Herzenssache, man darf sie nicht zu einem Politikum, zu einem Buchtittel ausnützen.

Frau Dr. Alma Seib (Christlichsozial) betont, die religiöse Erziehung der Jugend sei unerlässlich. Die Grundlage des Christentums sei die Nächstenliebe, der Mensch müsse das Privateigentum schätzen, aber mit der sozialistischen Weltanschauung kann man das den Kindern nicht einreden.

Bürgermeister Reumann sagt in seinem Schlussworte: Wir sind vom Fürsorgeheim in Oberhollabrunn zur materialistischen Geschichtsauffassung gekommen. Die Debatte hat nicht dazu beigetragen, daß die schaffenden Kräfte der christlichen Religion etwa so weitgehende seien, wie so manche Redner, die für die sittlich-religiöse Erziehung gesprochen haben, zu meinen scheinen. Der Bürgermeister spricht sich schließlich für die Ablehnung des Antrages Rummelhardt betreffend die sittlich-religiöse Erziehung aus und beantragt, den Passus über die körperliche Züchtigung aus den vorliegenden Satzungen zu entfernen, und diesen Gedanken vollständig auszustreichen. Gegen den zweiten Antrag Rummelhardt betreffend Züchtigung des Jugendamtes mit Schule und Lehrerschaft, erhebt der Bürgermeister keine Einwendung.

Bei der Abstimmung werden die Satzungen mit der vom Referenten beantragten Auslassung des Passus über die körperliche Züchtigung angenommen.

Der Antrag Rummelhardt, betreffend die sittlich-religiöse Erziehung wird abgelehnt. Der zweite Antrag Rummelhardt wird genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

### Die Gaspreiserhöhung.

Breitner berichtet über die Gaspreiserhöhung und beantragt die Annahme der Stadtratsanträge, die die Erhöhung für den Kubikmeter von 26 auf 78 Heller beinhalten. In seinem Exposé über die Notwendigkeit der Erhöhung führt der Referent aus, daß die Steigerung der Kohlenpreise heute das Zehnfache ausmache und Gehalte und Löhne um das Neuneinviertelfache gestiegen sind. Da das allgemeine Budget derart trocken ist, daß unmöglich zu dem bereits hohen Defizit ein weiteres angehängt werden könne, so sei die Erhöhung der Gaspreise um das Dreifache der einzige Weg. Die Anträge nehmen auch Rücksicht auf eine Reihe von Konsumenten, welche unter den derzeitigen Verhältnissen Rücksicht verdienen, so die Bäcker, die Seiler, die nur in dem Ausmaß Heizgas beziehen, als in den gewöhnlichen Beziehungen. Den ist der Punkt 3 der Anträge, nach denen der Konsument

an dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise teilnimmt, ferner, daß bei einer Ermäßigung der Kohlenpreise auch eine Ermäßigung des Gaspreises eintreten wird.

Runschall beantragt, diesen Absatz 3 aus der Vorlage zu streichen; denn es geht nicht an, daß der Gemeinderat einen Diakonowechsel ausstellt.

Schmid führt aus: Das laufende Geschäftsjahr weist einen Abgang von 335 Millionen Kronen auf, der sich im kommenden auf 77 Millionen Kronen steigern wird. Es wäre besser, das Gesamtdefizit von 100 Millionen Kronen zur Beseitigung auf einen längeren Zeitraum zu erstrecken und in jedem Jahre einen entsprechenden Teil zu decken. Würde dieser Zeitraum mit drei Jahren festgesetzt, so würde die Erhöhung per Kubikmeter Gas 23 Heller betragen, der Kubikmeter würde also 50 Heller kosten. Dann solle man auch daran denken, einen Teil des Defizites aus den Nebenprodukten, Leer, Lohhol, Leuchtöl usw. zu decken. Redner stellt entsprechende Anträge.

Roth verlangt, man solle die Hausherrn unter die Begünstigten rechnen und ihnen billigere Preise machen.

Läubler sagt: Gemeinderat Schmid beantragt, nur ein Drittel des Defizits durch die Erhöhung des Gaspreises zu decken, den Rest auf das nächste Jahr zu verteilen. Das heißt mit andern Worten, wir müssen ein Anlehen von 67 Millionen Kronen aufnehmen und die Zinsen dieses Anlehens tragen. Nicht bloß die Gasabnehmer, sondern die gesamte Bevölkerung. Es ist wohl unzulässig, daß die Gasabnehmer das Gas unter dem Selbstkostenpreis beziehen, und das Defizit alle tragen müssen, auch jene, welche die erhöhten Petroleumpreise zahlen müssen. Die christlichsoziale Partei brüstet sich immer mit den großen Werken, die sie geschaffen, verschweigt aber, daß an den Zinsen der Anlehen, welche sie aufgenommen hat, noch unsere Kindeslinder zu zahlen haben werden.

Kugermayer beantragt, wenigstens den Produktivgenossenschaften der Gewerbe und Arbeiter, welche motorische Kraftanlagen haben, durch eine Herabsetzung der Gaspreise die Existenzmöglichkeit zu geben und für diese bloß eine Erhöhung von 50 Prozent eintreten zu lassen.

### „Der Krieg, den Sie gesegnet haben.“

Breitner erwähnt in seinem Schlussworte, daß die Debatte auf das politische Gebiet geführt habe, und er müsse dabei seiner Bewunderung Ausdruck geben, daß in einem solchen Grade an die Bergecklichkeit der Bevölkerung geglaubt wird. Den Krieg, den Sie gesegnet haben (Rufe bei den Christlichsozialen: Immer der alte Schlagel!) und den wir im vorigen Jahre beenden wollten, für dessen Beendigung die Arbeiter gestreikt haben, für den der Beiräte Ihrer Partei Dr. Patta (Gemeinderat Runschall ruft: Patta ist kein Mitglied unserer Partei!) denselben Standpunkt eingenommen hat, den heute Lloyd George und Clemenceau einnehmen, gegen den waren wir immer. Wenn es eine Partei in diesem Saale geben würde, die das Recht hätte, gegen die Vorlage zu sprechen, so wäre es einzig und allein die sozialdemokratische Partei. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Wer Butter auf dem Kopfe hat, darf eben nicht in die Sonne gehen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Die Butter haben Sie von den Zentralen.) Man will eben die Bevölkerung nicht daran erinnern, daß jetzt die Rechnung präsentiert wird, die im Juli 1914 gemacht wurde. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Der Betrieb des Gaswerkes im Winter gefährdet.

Der Referent wendet sich gegen den Antrag Schmid, den er als unjählich bezeichnet und der zur Folge hätte, daß die Gaswerke in jedem weiteren Jahr mit einem neuen Defizit zu rechnen hätten. Redner weist auch auf die bevorstehende Steigerung der Kohlenpreise hin und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß das Gaswerk im kommenden Winter den Betrieb nicht im gegenwärtigen Umfange werde aufrechterhalten können. Derzeit sei ein Defizit von 200 Millionen Kronen erreicht und das Gemeindefbudget weist ein Defizit von 400 Millionen Kronen auf. Da wäre es ein unerhörter Grad von Unverantwortlichkeit, wenn man den Ernst der Lage nicht erkennen würde, in der sich die Bewohner der Stadt Wien befinden.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Schmid, den Gaspreis mit 50 Heller festzusetzen und einen Teil des Abganges durch Erhöhung des Verkaufspreises für die Nebenprodukte hereinzubringen, abgelehnt, ebenso alle anderen Abänderungsanträge der Christlichsozialen, und die Anträge des Stadtrates unter Ablehnung des Antrages Runschall mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

### Drei Millionen für das Kinderrettungswerk.

Auf Antrag des Vizebürgermeisters Winter wird ein Betrag von drei Millionen Kronen für das „neutrale Kinderrettungswerk „Wiener Jugend-Hilfswerk“ zur Durchführung des durch die amerikanische Lebensmittellkommission eingeleiteten Kinderhilfswerkes bewilligt.

### Der Kollektivvertrag mit den Elektrizitätsarbeitern.

Schorz legt den Kollektivvertrag für die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes vor. (Angenommen.)

### Die Erwerbung der Kriean.

Körber berichtet über die Erwerbung der Kriean durch die Gemeinde Wien um vier Mil-

lionen Kronen und stellte die bekannten Anträge.

Rudolf Beer wünscht, daß die Kriean in großzügiger Weise zur Gemeindefürsorge herangezogen werde.

Nach Wahlen in gemeindefürsorgliche Ausschüsse wird die Sitzung geschlossen.

